



Bezirksamt
Tempelhof-Schöneberg

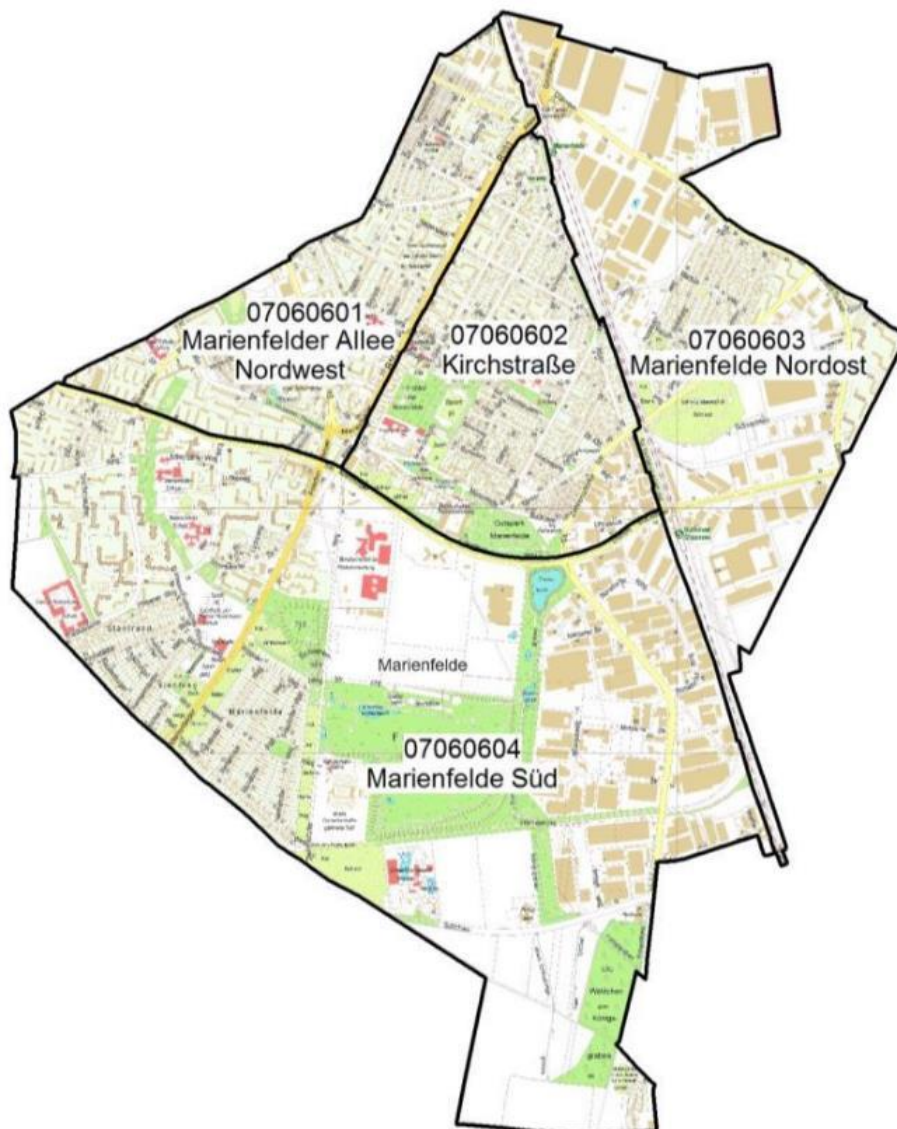
BERLIN



Bezirksregionenprofil II

Bezirksregion Marienfelde

Ämterübergreifende Handlungsschwerpunkte



Auftraggeber



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Abteilung Stadtentwicklung und Bauen

Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination

John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

Telefon: (030) 90277-6760;

[E-Mail an Sozialraumorientierung](mailto:sozialraumorientierung@ba-ts.berlin.de) (sozialraumorientierung@ba-ts.berlin.de)

Prozessbeteiligte OE SPK

Johanna Johne-Akcinar, Regionalkoordination Schöneberg Süd und Friedenau (SPK RK2);
Franziska Molder, Regionalkoordination Tempelhof (SPK RK3); Luzia Weber,
Regionalkoordination Lichtenrade (RK), stellv. Leitung; Jens-Peter Eismann, Leitung der OE
SPK (SPK Ltg)

Auftragnehmer

raumscript

raumscript | marco mehlin

schwedter straße 34a | 10435 berlin

Telefon: (030) 89208515 | Fax: (030) 89208513 | www.raumscript.de

Bearbeitung

Marco Mehlin (Strategische Leitung) Stephanie Otto (Projektleitung); Franziska Füller
(Projektmitarbeit); Claas Fritzsche (Projektmitarbeit); Silvester Fornasari (Projektmitarbeit)

Stand April 2021

Inhalt

1	Vorwort von Jörn Oltmann	1
2	Einleitung	3
2.1	Inhaltliche Schwerpunkte Bezirksregionenprofile	3
2.2	Die Situation in Tempelhof-Schöneberg	3
2.3	Ein ämterübergreifender Handlungsleitfaden für die Verwaltung	3
2.4	Aufbau des vorliegenden Bezirksregionenprofils II für Marienfelde	4
3	Kurzer Überblick über die Bezirksregion Marienfelde	5
3.1	Städtebauliche Struktur	5
3.2	Wohnen, soziale Infrastruktur und Demographie	5
3.3	Fördergebiete in Marienfelde	5
3.4	Urbane Freiräume	5
3.5	Einkaufen und Gewerbe	6
3.6	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	6
3.7	Bildung	6
4	Beteiligungsprozess: Methodisches Vorgehen	7
4.1	Vorstellung der Prozessbausteine	7
4.2	Die Beteiligung in Zahlen	10
5	Übersicht über die Beteiligungsergebnisse	12
5.1	Spektrum der Hinweise	12
5.2	Auswertung der Hinweise für die Formulierung von Handlungsschwerpunkten	13
5.3	Was fließt in die folgenden Handlungsschwerpunkte ein?	13
6	Ämterübergreifende Handlungsschwerpunkte	14
6.1	Empfehlung: Bezirksübergreifend und lokal agieren: Potential als berlinweiten Wirtschaftsstandort ausbauen und ortsansässigen Einzelhandel stärken	15
6.2	Empfehlung: Bildungs- und Kulturangebote ausweiten und nachbarschaftlicher Diversität anpassen	17
6.3	Empfehlung: Direkten und transparenten Austausch zwischen Verwaltung und Bewohner_innen fördern	19
6.4	Empfehlung: Gesundheitliche Prävention und kurze Wege zur Gesundheitsversorgung fördern	20
6.5	Empfehlung: Mehr Raum für nachbarschaftliche Aktivitäten schaffen: Die Vielfalt der Bewohnerschaft dabei mit aufgreifen	22
6.6	Empfehlung: Potential der Freiräume nutzen: Neue Freizeit- und Begegnungsangebote schaffen	24
6.7	Empfehlung: Stärkere Anbindung des Stadtrandes zur Stadtmitte: Mobilitätsalternativen zum Autoverkehr ausbauen	26
6.8	Empfehlung: Wohnen in Stadtrandlage attraktiver machen	28
6.9	Empfehlungen aus dem Beteiligungsverfahren – kartographische Darstellung der Bezirksregion	29
7	Ausblick	31
8	Anhang	32

8.1	Abkürzungsverzeichnis	32
8.2	Abbildungsverzeichnis	32
8.3	Quellen	32
8.4	Weiterführende Dokumente und Links	33
8.5	Erläuterungen zu den Endnoten	33

1 Vorwort von Jörn Oltmann

Sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl erhebliche Einschränkungen durch die Pandemie absehbar waren, haben wir uns 2020 entschlossen, die Bezirksregionenprofile (BZRP) Teil II für die drei Regionen Friedenau, Mariendorf und Marienfelde wie geplant auf den Weg zu bringen. Ziel bei der Erstellung eines Bezirksregionenprofils Teil II ist es, Empfehlungen für ämterübergreifende Handlungsschwerpunkte einer Region für die nächsten fünf Jahre herauszuarbeiten und herauszufinden, ob es Orte mit besonderem ressortübergreifendem Handlungsbedarf gibt. Und auch aufzuzeigen, woran bereits gearbeitet wird.



Ich freue mich sehr, dass die Erstellung gelungen ist und ich Ihnen das Ergebnis hier präsentieren kann. Damit stehen nunmehr flächendeckend für ganz Tempelhof-Schöneberg Bezirksregionenprofile zur Verfügung.

Ich möchte allen Bewohner_innen und Akteuren sowie den Vertreter_innen aus Verwaltung und Politik ganz herzlich danken, die unter diesen besonderen Bedingungen aktiv und intensiv an diesem Bezirksregionenprofil für Marienfelde mitgearbeitet haben.

Trotz Kontaktbeschränkungen fand die Organisationseinheit „Sozialraumorientierte Planungskoordination“ (OE SPK) gemeinsam mit dem Büro raumscript kreative Wege, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, damit Ihr Wissen über Marienfelde und Ihre Anliegen für Marienfelde in dieses Bezirksregionenprofil einfließen können.

Der Prozess der BZRP-Erstellung, so wie wir ihn in Tempelhof-Schöneberg durchführen, bietet bereits die Chance, Bezirksverwaltung und Zivilgesellschaft näher zusammenzubringen. Dass eine verlässliche Kommunikation, Transparenz und eine bessere Kooperation ein großer Wunsch von Bewohner_innen und Akteuren ist, wurde in allen Regionen deutlich. Dem möchte ich durch den Auf- und Ausbau der OE SPK mit den Regionalkoordinatoren als Ansprechpartner_innen in den Regionen, der Erarbeitung von bezirklichen Leitlinien für Bürgerbeteiligung und dem Aufbau einer Anlaufstelle für Beteiligung auch in Zukunft Rechnung tragen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!



Jörn Oltmann

Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung und Bauen in Tempelhof-Schöneberg

2 Einleitung

Das Land Berlin hat sein gesamtes Stadtgebiet im Jahr 2006 in ein System der so genannten „Lebensweltlich orientierten Räume“ (LOR) eingeteilt¹. Dies dient dazu, die sozialräumliche Entwicklung in den Stadtteilen besser miteinander vergleichen zu können. Gleichzeitig wird damit die ämterübergreifende und sozialräumliche Abstimmung in den Bezirken erleichtert und gefördert. Bei den LORs gibt es drei Betrachtungsebenen. Die unterste Ebene ist die Ebene der Planungsräume (PLR). Die obere sind die Prognoseräume (PGR). Die Bezirksregionen (BZR) stellen die mittlere Betrachtungsebene dar.

2.1 Inhaltliche Schwerpunkte Bezirksregionenprofile

Zu den Bezirksregionen werden Bezirksregionenprofile (BZRP) erstellt. Dabei wird zwischen Teil I und Teil II unterschieden. Im BZRP I finden sich Daten der Bezirksregionen, die zu einem großen Teil auf berlinweit einheitlich festgelegten Datensätzen (Kernindikatoren) beruhen und regelmäßig vom Amt für Statistik an die Bezirke übergeben werden. Dies sind vor allem Daten zur demografischen und sozialen Situation, ergänzt durch ausgewählte Daten der Bezirke. Über so genannte Aufmerksamkeitsstufen wird hier gekennzeichnet, wenn Datenwerte von den Berliner oder bezirklichen Durchschnittswerten besonders abweichen und die weitere Entwicklung deshalb besonders aufmerksam betrachtet werden sollte. Alle BZRP I für Tempelhof-Schöneberg wurden im Jahr 2017 beschlossen.

Die BZRP II bauen darauf auf und formulieren auf Grundlage eines umfassenden Beteiligungsprozesses ämterübergreifende Handlungsschwerpunkte für die Bezirksregionen. Sie dienen damit als Arbeitsgrundlage für das ämterübergreifende Verwaltungshandeln in einem Zeithorizont von circa fünf Jahren und werden dann fortgeschrieben.

2.2 Die Situation in Tempelhof-Schöneberg

In Berlin gab es bis zum 31.12.2020 insgesamt 143 Bezirksregionen, wovon sieben den Bezirk Tempelhof-Schöneberg ausmachten (siehe Endnote 1). Für diese Bezirksregionen wurden seit 2014 im Bezirk erstmals so genannte „Bezirksregionenprofile“ (BZRP) II erstellt, die fachübergreifend erarbeitet werden und fachübergreifende Aufgaben für die weitere Entwicklung der Regionen benennen. Die Erstellung des jeweils zweiten Teils der Profile für Friedenau, Mariendorf und Marienfelde schließen diesen Prozess im Bezirk nun ab. Es liegen damit erstmals für alle Bezirksregionen Bezirksregionenprofile II nach der bis Ende 2020 geltenden LOR-Einteilung vor.

2.3 Ein ämterübergreifender Handlungsleitfaden für die Verwaltung

Insgesamt zielt das Instrument der Bezirksregionenprofile (BZRP) in seinem Erstellungsprozess, seinem Aufbau und seiner Wirkung also auf die raumorientierte sowie fachübergreifende Arbeit und bezieht dabei die Hinweise und das Engagement der

Menschen in den Bezirksregionen ein. Viele Aufgaben, die es hier zu bewältigen gibt, können aufgrund der komplexen Zusammenhänge und Wechselwirkungen nur durch die Zusammenarbeit der entsprechenden Ämter erfolgreich gelöst werden. Das strukturelle Nebeneinander der fachlichen Zuständigkeiten im Verwaltungsaufbau wird ergänzt durch ein aufgabenbezogenes Miteinander – in Kooperation mit den Menschen vor Ort. Die gegenseitige Kenntnis von Vorhaben in der Bezirksregion und die Zusammenarbeit bei besonderen Aufgabenstellungen bündelt die vorhandenen Kräfte und geht auf diese Weise schonend mit den vorhandenen Ressourcen um. Das Instrument der BZRP ist damit eine Antwort einer „modernen“ Verwaltung auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Es ist auch eine Grundlage für darauf aufbauende Beteiligungsprozesse. Für spätere Fortschreibungen gibt es zudem eine Orientierung, was gemeinsam erreicht werden konnte, was nicht, und welche Gründe es dafür möglicherweise gibt. Dieser „lernende Prozess“ wird der Entwicklung der Bezirksregionen nachhaltig zugutekommen.

2.4 Aufbau des vorliegenden Bezirksregionenprofils II für Marienfelde

Das vorliegende BZRP II, für die Bezirksregion Marienfelde, wurde im Herbst und Winter 2020 auf Grundlage eines umfassenden Beteiligungsprozesses sowohl mit der Bevölkerung und Akteur_innen in Marienfelde als auch mit der Verwaltung und Politik des Bezirks erarbeitet. Nach einem kurzen Überblick über die Bezirksregion Marienfelde in Kapitel 3 werden der Ablauf, die Methoden und grundsätzlichen Ergebnisse der Beteiligung in den Kapiteln 4 und 5 näher dargestellt. Den Hauptteil bilden die daraus abgeleiteten Handlungsschwerpunkte in Kapitel 6. Mit einem Ausblick auf die weitere Arbeit in Kapitel 7 wird dieses BZRP abgeschlossen.

3 Kurzer Überblick über die Bezirksregion Marienfelde

Die Bezirksregion Marienfelde liegt in Süd-Berlin und umfasst die vier Planungsräume Marienfelder Allee Nordwest, Kirchstraße, Marienfelde Nordost und Marienfelde Südⁱⁱ. Die Bezirksregion hat eine Fläche von rund 911 Hektar (9,11 km²) und grenzt südlich direkt an das Land Brandenburg. In der Bezirksregion sind 32.401 Personen als wohnhaft gemeldet (Stand: 30.06.2020).

3.1 Städtebauliche Struktur

Das geografische Zentrum von Marienfelde bildet der gut erhaltene Dorfanger (Alt-Marienfelde), u.a. mit Wohnhäusern aus dem 19. Jahrhundert und dem ehemaligen Gutshaus Marienfelde. Südlich davon und neben dem Freizeitpark Marienfelde liegt eine Einfamilienhaussiedlung aus den 1920er Jahren. Westlich von Alt-Marienfelde befindet sich eine Zeilensiedlung sowie die Anfang der 1970er Jahre errichtete Großsiedlung Tirschenreuther Ring. Nördlich des Dorfangers befindet sich ein Ein- und Mehrfamilienhausgebiet. Im Osten liegen die Gewerbegebiete Großbeerenstraße und Motzener Straße, die mehr als ein Viertel der Fläche der Bezirksregion ausmachen.

3.2 Wohnen, soziale Infrastruktur und Demographie

In Marienfelde leben vergleichsweise viele Haushalte in Einfamilienhäusern oder kleineren Mehrfamilienhäusern. Scheinbar herrscht bei diesen Wohnungen bzw. Häusern in der Bezirksregion kein Verdrängungsdruck. Der Anteil der unter 18-Jährigen an den Einwohner_innen in Marienfelde ist der höchste Anteilswert in den Bezirksregionen in Tempelhof-Schöneberg. Hieraus ergibt sich ein großer Bedarf an Jugendfreizeiteinrichtungen. Gleichzeitig liegt auch der Anteil der 65-Jährigen und Älteren deutlich über dem bezirklichen und dem gesamtstädtischen Vergleichswert.

3.3 Fördergebiete in Marienfelde

In Marienfelde werden zur Quartiersentwicklung der Waldsassener Straße / Tirschenreuther Ring zum einen bezirkliche Ressourcen eingesetzt. Zum anderen stellt der Senat für Stadtentwicklung und Wohnen Mittel des Programms „Stärkung Berliner Großsiedlungen“ zur Verfügung. Zum anderen wird im Umfeld der zwei Unterkünfte für Geflüchtete (Marienfelder Allee und Trachenbergring) von 2017 bis 2021 das gebietsbezogene Programm „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ (BENN) durchgeführt. Dies verfolgt u.a. die Ziele, die Menschen in die Nachbarschaft zu integrieren und das Miteinander zu stärken.

3.4 Urbane Freiräume

Marienfelde verfügt über den Freizeitpark, den Gutspark und das Landschaftsschutzgebiet „Wäldchen am Königgraben“ südlich des Schichauwegs. Damit liegt die Relation der öffentlichen Grünflächen zu den Einwohnerzahlen über dem bezirklichen und

gesamtstädtischen Vergleichswert. Allerdings fällt die vergleichsweise geringe Zahl an öffentlichen Plätzen auf, die für Begegnungsanlässe und Veranstaltungen genutzt werden könnten.

3.5 Einkaufen und Gewerbe

Die Einzelhandelsstruktur ist durch das Nahversorgungszentrum Marienfelder Allee und das Ortsteilzentrum Hildburghäuser Straße im nordwestlichen Bereich der Bezirksregion Marienfelde geprägt. Der Bereich Malteserstraße und das Einkaufszentrum Südmeile stellen weitere Schwerpunkte dar. Das Industriegebiet Motzener Straße ist das größte nach dem zweiten Weltkrieg geschaffene Industrieareal Berlins. Hinzu kommt das weiter nördlich gelegene Industriegebiet um die Daimlerstraße (insbesondere mit dem Mercedes-Benz-Werk Berlin), welches direkt in das Gebiet Großbeerenstraße in Mariendorf übergeht. Die Bereiche entlang der B96 werden im räumlichen Leitbild des Stadtentwicklungsplans (STEP) Wirtschaft 2030 als „Vorteilslagen Flughafen BER“ identifiziert, an denen ein starkes Wachstum (beim klassischen Gewerbe und bei der Büronutzung) zu erwarten ist.

3.6 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Der prozentuale Anteil aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Erwerbsalter an den Einwohner_innen in Marienfelde liegt leicht über dem bezirklichen und dem gesamtstädtischen Vergleichswert. Der Anteil aller ALG-II-Empfänger_innen liegt deutlich höher als im bezirklichen und berlinweiten Vergleich. Auch der Anteil von Kindern unter 15 Jahren, die in Familien mit ALG-II leben, liegt vergleichsweise hoch.

3.7 Bildung

Im BZRP I wird darauf hingewiesen, dass der Anteil von Kindern mit motorischen und Sprachdefiziten in Marienfelde einer hohen Aufmerksamkeit bedarf.

4 Beteiligungsprozess: Methodisches Vorgehen

4.1 Vorstellung der Prozessbausteine

Rahmenbedingungen

Die Beauftragung des Büros raumscript zur Erstellung des BZRP II erfolgte im September 2020. Nach Erarbeitung der fachlichen Grundlagen und der Produkte der Öffentlichkeitsarbeit begann der aktive Beteiligungsprozess zum BZRP II im Oktober 2020. Er schloss mit der Werkstatt zur Beteiligung von Verwaltung und Politik im Dezember 2020 ab.

Damit fiel der Bearbeitungsprozess in den Zeitraum der Covid-19-Pandemie. Im Herbst 2020 war es nicht mehr möglich, Präsenzveranstaltungen durchzuführen. Entsprechend flexibel musste auf die Einschränkungen mit teils neuen, digitalen und einander ergänzenden Formen der Beteiligung reagiert werden. Dennoch konnte über diese alternativen Wege ein breites Spektrum von Hinweisen erfasst werden. Besonders die durchgeführten Telefoninterviews mit Multiplikator_innen, d.h. lokalen Organisationen und Einrichtungen, aus der Bezirksregion haben zu einer zusätzlichen qualitativen Tiefe geführt. Insgesamt wurde versucht, die Vielfalt der Menschen und Themen der Bezirksregionen aufzugreifen, mitzudenken und später auch mitanzusprechen.

Trotz aller Einschränkungen und notwendigen „neuen Wege“ der Beteiligung wurden die grundsätzliche Möglichkeit zur Partizipation und die gewählten Formate in der Rückmeldung der Beteiligung positiv bewertet.

Phase I - Auswertung vorhandener Studien und Konzepte zur Vorbereitung der Beteiligungsformate

Zunächst wurden durch das beauftragte Büro raumscript bestehende und inhaltlich relevante Konzepte, Leitlinien und Studien für die Bezirksregion Marienfelde systematisch gesichtet und in Bezug auf mögliche ämterübergreifende Handlungsschwerpunkte ausgewertet. Daraus wurden für die Beteiligungsformate inhaltliche Schwerpunkte abgeleitet.

Phase II - Öffentlichkeitsarbeit für Beteiligungsprozess

In Abstimmung mit der Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK) wurde eine aktivierende Öffentlichkeitsarbeit angestoßen, um auf das Beteiligungsverfahren mit den verschiedenen Formaten aufmerksam zu machen. Zunächst veröffentlichte das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg eine Pressemitteilung zum Start des Verfahrens. Auch auf dem Facebook- und Twitter-Account des Bezirksamtes wurde die Pressemitteilung hierzu gepostet. Parallel dazu wurden Info-Postkarten und Plakate an

relevanten, publikumsintensiven Orten im Gebiet – wie z. B. Schulen, Kitas, Stadtteilbibliotheken, Stadtteil- und Familienzentren, Senioreneinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Bürgerämtern, Geschäften, Cafés oder Bäckereien – ausgelegt. In der Berliner Morgenpost und in der Berliner Woche wurden Zeitungsartikel über das Beteiligungsverfahren mit berlinweiter Reichweite veröffentlicht. Die vorhandene Liste (aus dem BZRP I) mit Einrichtungen in der Bezirksregion wurde in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Büro überarbeitet und um weitere wichtige themenrelevante Gesprächspartner_innen erweitert. An diese Gruppe wurde ein postalisches Anschreiben verschickt – mit dem Aufruf zur Beteiligung sowie der Bitte um Weiterleitung in die jeweiligen Netzwerke. Zeitgleich wurde durch das beauftragte Büro über E-Mail ein digitaler Newsletter zur nochmaligen Information versendet. Die digitalen Beteiligungsformate wurden ergänzt durch das Angebot, das beauftragte Büro bei Rückfragen telefonisch zu kontaktieren.

Phase III - Durchführung Beteiligungsformate

Die Durchführung der Beteiligung erfolgte in drei Stufen, die teilweise parallel stattgefunden haben:

1. Die Beteiligung (A) der Bewohner_innen über fünf verschiedene Formate, um möglichst weite Kreise der Bevölkerung zu erreichen.
2. Die Beteiligung (B) von Multiplikator_innen in Marienfelde durch zwei unterschiedliche Formate.
3. Die Beteiligung (C) von Vertreter_innen der Fachverwaltungen des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung in einer geschlossenen Werkstatt.

A - Beteiligung Bewohner_innen

Den zentralen Baustein zur Beteiligung der Bewohner_innen bildete die Online-Beteiligung über die Webseite mein.berlin.de/projekte/marienfelde auf der offiziellen Beteiligungsplattform des Landes Berlin. Der Zeitraum zur aktiven Teilnahme umfasste vier Wochen (26.10.2020 - 22.11.2020). Mit der Online-Beteiligung sollte einerseits ein relativ breit gefächerter Teil der Bevölkerung erreicht und andererseits die zu diesem Zeitpunkt bestimmende gesundheitspolitische Lage berücksichtigt werden. Die in Phase 1 gesammelten und extrahierten Themen und Handlungsfelder wurden für die Online-Beteiligung auf mein.berlin.de in Form von gut verständlichen Fragestellungen aufbereitet. Die Teilnehmenden wurden dazu eingeladen, die offenen Fragen zu beantworten sowie auch eigene Themenfelder oder konkrete Aussagen zu erstellen, welche wiederum kommentiert werden konnten.

Die im Gebiet verteilten Postkarten dienten nicht nur der Information, sondern konnten auch „analog“ mit schriftlichen Hinweisen an das beauftragte Büro zurückgeschickt werden. Da

das Entgelt für das Porto vom Empfänger übernommen wurde, entsprach dies einer besonders niedrighschwelligen Form der Beteiligung. Auf der Website des Bezirksamts wurde ein Online-Formular eingerichtet, über das ebenfalls Hinweise zur Bezirksregion abgegeben werden konnten. In allen bisherigen Formaten wurde zudem auf eine E-Mail-Adresse (bezirksregionen@raumscrip.de) verwiesen, an die sich die Bewohner_innen ebenfalls mit Anmerkungen, Hinweisen oder Fragen wenden konnten. Darüber hinaus wurden Telefonsprechstunden zur Beteiligung angeboten, bei denen Bewohner_innen mit dem beauftragten Büro in Kontakt treten konnten. Sowohl online auf der Projektseite als auch auf den Postkarten und Plakaten wurde auf die insgesamt neun Termine (je zwei Stunden) aufmerksam gemacht. Den Bewohner_innen wurde auf diese Art ein weiteres Kommunikationsmittel angeboten, um ihre Hinweise unabhängig von Einschränkungen durch die Corona-Pandemie einzubringen.

Alle Hinweise und Rückmeldungen wurden dokumentiert und systematisiert. Die gesammelten Hinweise wurden tabellarisch gelistet und der Verwaltung für ihre weitere Arbeit zur Verfügung gestellt.

B - Beteiligung Multiplikator_innen

Als „Handelnde vor Ort“ verfügen Multiplikator_innen - also die Mitarbeiter_innen, Ehrenamtlichen oder Engagierten von Institutionen, Netzwerken, Vereinen, Organisationen oder anderen Gruppen in der Bezirksregion - über ein tiefes Wissen zu den Bedarfen, Herausforderungen und Potenzialen vor Ort. Zudem repräsentieren sie als so genannte Stakeholder die Situation und Bedarfe bestimmter Zielgruppen. Um dieses Wissen zu erfassen, wurden sogenannte Multiplikator_innen-Werkstätten konzipiert. Aufgrund der Pandemie-Bedingungen wurden sie in Form von Videokonferenzen durchgeführt. Jenen Personen, die aus technischen oder anderen Gründen nicht an den virtuellen Werkstätten teilnehmen konnten oder wollten, wurden Telefoninterviews angeboten, um sich über Bedarfe, Probleme und Chancen der Bezirksregion in einem persönlichen Gespräch mit dem beauftragten Büro auszutauschen. Die Ergebnisse der Multiplikator_innen-Werkstätten wurden ebenfalls systematisch dokumentiert und der Verwaltung für die weitere Arbeit zur Verfügung gestellt.

C - Beteiligung Fachverwaltung und Bezirkspolitik

Zur Beteiligung der Vertreter_innen aus Verwaltung und Politik wurde ein virtueller Raum auf mein.berlin.de geschaffen, der nur über einen Einladungslink zugänglich war und in dem sich die Teilnehmenden geschützt austauschen konnten. Als Arbeitsgrundlage wurden die Hinweise aus den Beteiligungsbausteinen A und B in der Projektseite sowohl ortsspezifisch in einer Gebietskarte als auch ortsunabhängig in einer thematischen Liste eingepflegt. Die Teilnehmenden wurden dazu eingeladen, die vorhandenen Hinweise per Kommentarfunktion

zu diskutieren sowie eigene Beiträge zu erstellen. In diesem Zusammenhang dienten vorformulierte Fragestellungen als Orientierung und Hilfestellung.

4.2 Die Beteiligung in Zahlen

Für die Beteiligung in der Bezirksregion Marienfelde wurden Postkarten zum Ausfüllen und Zurücksenden verteilt. Die Verteilung erfolgte in über 50 Einrichtungen, Praxen und Geschäften vor Ort. Innerhalb der Einsendefrist für die Beteiligung per Postkarte wurden insgesamt 20 Postkarten zurückgesendet, auf denen insgesamt 63 Hinweise vermerkt wurden. Über die auf den Plakaten, Postkarten und auf Social-Media-Kanälen angegebene E-Mail-Adresse trafen vier E-Mails mit insgesamt fünf Hinweisen ein. Die Onlinebeteiligung der Bewohner_innen auf der Plattform mein.berlin.de ergab 59 Hinweise. Zudem wurden drei Telefonsprechstunden angeboten, an denen zwei Bewohner_innen teilgenommen haben.

Für die beiden angebotenen Multiplikator_innen-Werkstätten wurden rund 57 Multiplikator_innen angeschrieben und eingeladen. An einer durchgeführten Werkstatt für die Region Marienfelde nahmen insgesamt 14 Personen teil, wobei 32 thematisch unterschiedliche Hinweise dokumentiert wurden. Darüber hinaus wurden Telefoninterviews mit drei weiteren Multiplikator_innen geführt, in denen 55 thematisch unterschiedliche Hinweise erfasst wurden.

Damit sind im Beteiligungsprozess der Bewohner_innen und Multiplikator_innen insgesamt 216 Hinweise für die Bezirksregion Marienfelde eingegangen. Die aufgearbeiteten Ergebnisse dieser Beteiligung wurden in der virtuellen Werkstatt mit 23 Teilnehmenden aus Politik und Verwaltung geprüft und diskutiert. In diesem Rahmen wurden für die Bezirksregion Marienfelde 110 Beiträge erstellt. Dementsprechend wurden durch alle Beteiligungsbausteine zusammen 326 Hinweise erfasst.

Beteiligung von Bewohner_innen (A)

Medium	Angeboten	Anzahl	Hinweise
Postkarten	50 Orte	20	63
E-Mails	-	4	4
Telefonsprechstunden	3	2	2
mein.berlin.de	-	-	59

Beteiligung von Multiplikator_innen (B)

Medium	Angeboten	Anzahl	Hinweise
Telefoninterview	-	3	55
Multiplikator_innen-Werkstätten	2	1	32

Medium	Angeboten	Anzahl	Hinweise
Anschreiben Multiplikator_innen	57	14	-

Verwaltung und Politik (C)

Medium	Angeboten	Anzahl	Hinweise
Werkstatt mit Verwaltung und Politik	1-	1	110

Gesamt

A+ B = 216 Hinweise

A + B + C = 326 Hinweise

5 Übersicht über die Beteiligungsergebnisse

5.1 Spektrum der Hinweise

Wie bereits in Kapitel 4 beschrieben, erfolgte die Befragung der Marienfelder Bevölkerung nach Themenfeldern. Dabei wurden sie zu ihrer Situation in Marienfelde und ihren Hinweisen zur Entwicklung ihres Lebensumfelds befragt. Aufgrund der Struktur der Beteiligung auf freiwilliger und aktivierender Basis folgt diese zwar keinen repräsentativen Maßstäben, die Ergebnisse weisen aber aufgrund ihrer Vielschichtigkeit einen hohen qualitativen Wert auf. Die Hinweise der Bevölkerung und der Multiplikator_innen in Marienfelde fußen auf individuellen Perspektiven, wobei die Beteiligung der Multiplikator_innen eine besondere Reflexion der Belange konkreter Bevölkerungsgruppen und somit verschiedener Themenfeldern ermöglichte.

Das Spektrum der Hinweise reichte von sehr kleinteiligen Hinweisen, wie zum Beispiel hausnummerngenauen Nennungen von Mängeln (z. B. Vermüllung oder fehlende Mülleimer) bis hin zu grundsätzlichen Zielen und Wünschen zur Entwicklung der Bezirksregion (Infrastruktur für das Zufußgehen verbessern, mehr Räume und Flächen für Nachbarschaftstreffen, gemeinsame Projekte mit ansässigen Unternehmen starten bzw. intensivieren, etc.). Alle Hinweise wurden gesammelt und für die Verwaltungsarbeit dokumentiert. Jedoch kann im Sinne des BZRP II, einen Handlungsleitfaden mit einer Geltungsdauer von bis zu fünf Jahren zu schaffen, nur ein bestimmter Detailgrad in die folgenden Handlungsschwerpunkte aufgenommen werden.

Auffällig bei der Auswertung aller Hinweise ist die Dominanz im Themenfeld Mobilität. Etwas mehr als ein Drittel aller Rückmeldungen betraf dieses Thema. Mit Abstand folgen die Hinweise zu Freiräumen und Umwelt, zur Nachbarschaft und zum Einkaufen/Gewerbe, welche untereinander eine ähnliche Menge aufweisen. Alle Nennungen in den weiteren Themenfeldern bewegten sich zahlenmäßig noch weiter dahinter. Dies hebt die Bedeutung der genannten Themenbereiche für die Menschen vor Ort hervor. Fragen der Aufenthaltsqualität bzw. grundsätzlichen Attraktivität bestimmter Orte werden z. B. eng mit Verkehrsaspekten oder dem Umgang mit Leerstand von Gewerbeflächen verknüpft und prägen in einem hohen Maß die Wahrnehmung der Bezirksregion Marienfelde, wenn es um Verbesserungsvorschläge vor Ort geht.

Übergreifend ist festzustellen, dass diese Zusammenhänge auch über die Grenzen der Bezirksregion Marienfelde hinaus die Stadtentwicklung in Zukunft entscheidend beschäftigen werden. Hierbei geht es um fachübergreifende Haltungen zum Thema Flächengerechtigkeit und Erreichbarkeit in einem engen Kontext von Fragen der sozialen Teilhabe, der Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume, Gesundheit und um Aspekte des Klima- und Umweltschutzes. Die Hinweise der Bevölkerung in Marienfelde spiegeln dies sehr deutlich wider.

5.2 Auswertung der Hinweise für die Formulierung von Handlungsschwerpunkten

Aufgrund der methodischen Ausrichtung des Beteiligungsprozesses wird in der Formulierung der Handlungsschwerpunkte keiner rein quantitativen Betrachtung gefolgt. Die Lebensumwelt der Menschen vor Ort ist geprägt von vielfältigen Einflüssen, die sich auch qualitativ in den Handlungsschwerpunkten widerspiegeln. Gleichzeitig sind die Hinweise und Rückschlüsse aus den seltener genannten Themenfeldern für die Gesamtentwicklung der Bezirksregion wesentlich und aufschlussreich und fließen damit gleichberechtigt in die Formulierung der Handlungsschwerpunkte ein.

Alle Hinweise aus der Beteiligung von Bewohner_innen und Multiplikator_innen wurden für die Beteiligungswerkstatt mit Verwaltung und Politik räumlich kartographiert aufbereitet. Die Verwaltung hat die Aufgabe, aus ihrer Sicht fehlende Aspekte zu ergänzen und das Augenmerk auf fachliche Entwicklungen und Defizite zu lenken bzw. Handlungsansätze der Verwaltung zu benennen, die in der Beteiligung der Bevölkerung und Multiplikator_innen aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Sprache gekommen sind.

5.3 Was fließt in die folgenden Handlungsschwerpunkte ein?

Die Aussagen der beteiligten Bewohner_innen, Multiplikator_innen, Verwaltung und Politik sowie die Auswertung des BZRP I und weiteren fachlichen Konzepten (wie etwa der bezirkliche Wohnungsmarktbericht oder das Zentren- und Einzelhandelskonzept) bilden die inhaltliche Grundlage für die im folgenden Kapitel formulierten Handlungsschwerpunkte. Diese Handlungsschwerpunkte haben einen empfehlenden Charakter. Sie binden die ämterübergreifenden Aufgaben im betreffenden Themenfeld zusammen, benennen bereits bestehende Handlungsansätze der Fachverwaltungen und geben Anregungen, welche Inhalte in die weitere gemeinsame Arbeit einfließen sollten. Gleichzeitig sind sie Ausgangspunkt für die Fortschreibung der Handlungsschwerpunkte im Rahmen der BZRP II in einem Turnus von rund fünf Jahren.

Daraus folgt, dass allzu kleinteilige (z. B. grundstücksgenaue Hinweise) in diesem Kontext nicht in einen Handlungsschwerpunkt eingehen können. Ebenso werden Hinweise ausgeklammert, die ganz klar in die Zuständigkeit eines einzelnen Fachamtes fallen und nicht ämterübergreifend betrachtet werden müssen. Diese Hinweise aus der Beteiligung sind jedoch nicht „verloren“, sondern wurden vollständig dokumentiert und an die zuständigen Fachämter übergeben.

6 Ämterübergreifende Handlungsschwerpunkte

Dieses Kapitel stellt acht themenbezogene Handlungsschwerpunkte für die ämterübergreifende Arbeit in der Bezirksregion Marienfelde dar. Sie sind Ergebnis des Beteiligungsprozesses und eine Empfehlung für die Schwerpunktsetzung in den nächsten fünf Jahren innerhalb der Bezirksregion. Besondere Ortsbezüge der ämterübergreifenden Handlungsschwerpunkte werden anschließend in einer kartographischen Darstellung veranschaulicht.

In jedem Handlungsschwerpunkt wird eine **Situationsbeschreibung** vorangestellt, die sich aus den Aussagen aus dem Beteiligungsprozess, dem BZRP I, grundlegenden Studien zur Bezirksregion und weiteren Quellen speist. Die **Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess und aus fachlicher Sicht** benennen allgemeine Zielvorschläge für die Entwicklung der Bezirksregion, die im Beteiligungsprozess und aus Sicht der Fachverwaltungen genannt wurden. Unter **Maßnahmen der Verwaltung** werden laufende oder geplante Maßnahmen gelistet, die das ämterübergreifende Arbeiten in diesem Handlungsschwerpunkt unterstützen. Die **besonderen Ortsbezüge für den Handlungsschwerpunkt** benennen Orte, bei denen die genannten Aspekte des Themas nach Aussagen der Beteiligung und aus fachlicher Sicht besonders zum Tragen kommen. Die **Empfehlungen für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt** listen die Fachämter und Beauftragten im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg auf, deren Zusammenarbeit für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen im Handlungsschwerpunkt je nach Aufgabenstellung förderlich sein könnte.

Alle Listungen unter den einzelnen Überschriften sind alphabetisch sortiert und stellen somit in ihrer Reihenfolge keine Priorisierung dar.

Die in diesem Kapitel formulierten Handlungsschwerpunkte beziehen sich auf die Informationen, die dem beauftragten Büro im Erarbeitungszeitraum zugänglich waren bzw. die im Rahmen der verschiedenen Beteiligungsformate geäußert wurden. Mögliche Maßnahmen, die vorhanden waren, aber in diesem Zeitraum nicht benannt wurden, konnten demnach auch nicht eingearbeitet werden. Die nachfolgenden Listungen sind trotz sorgfältiger Erarbeitung deshalb nicht abschließend. Entsprechende Aspekte können aber jederzeit im weiteren Arbeitsprozess bei der Umsetzung des BZRP eingebracht werden.

Folgende Handlungsschwerpunkte aus dem Beteiligungsprozess werden auf den kommenden Seiten näher ausgeführt:

- Bezirksübergreifend und lokal agieren: Potential als berlinweiten Wirtschaftsstandort ausbauen und ortsansässigen Einzelhandel stärken
- Bildungs- und Kulturangebote ausweiten und nachbarschaftlicher Diversität anpassen

- Direkten und transparenten Austausch zwischen Verwaltung und Bewohner_innen fördern
- Gesundheitliche Prävention und kurze Wege zur Gesundheitsversorgung fördern
- Mehr Raum für nachbarschaftliche Aktivitäten schaffen und Vielfalt der Bewohner_innen durch divers ausgerichtete Aktivitäten repräsentieren
- Potential der Freiräume nutzen: Neue Freizeit- und Begegnungsangebote schaffen
- Stärkere Anbindung des Stadtrandes zur Stadtmitte: Mobilitätsalternativen zum Autoverkehr ausbauen
- Wohnen in Stadtrandlage attraktiver machen

6.1 Empfehlung: Bezirksübergreifend und lokal agieren: Potential als berlinweiten Wirtschaftsstandort ausbauen und ortsansässigen Einzelhandel stärken

Situation Marienfelde

Die wirtschaftliche Situation in Marienfelde ist geprägt durch die zwei großen Gewerbegebiete „Motzener Straße“ und den Einzugsbereich des in Mariendorf ansässigen „Gewerbegebietes Großbeerenstraße“. Beide Standorte verfügen über ein aktives Unternehmensnetzwerk, die von der bezirklichen Wirtschaftsförderung als zentrale Akteure bezüglich der Standortentwicklung, Ausbildung, Fachkräftesicherung und des Klimaschutzes erachtet werden. Daneben ist die Bezirksregion wirtschaftlich von berlinweiter Bedeutung, da die Achse der Bundesstraßen B96 und B101 aufgrund der räumlichen Nähe zum Flughafen Berlin Schönefeld (BER) als ein zentraler und zu qualifizierender Produktionsstandort erachtet wird. Wie dargelegt, ist die Wirtschaft Marienfeldes stärker durch Unternehmen als durch den Einzelhandel geprägt. Der vorhandenen Einzelhandelsstruktur mangelt es derzeit an Vielfältigkeit. Zudem ist ein gewerblicher Leerstand in Marienfelde zu verzeichnen.ⁱⁱⁱ

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Ansiedlung vielfältiger Einzelhandelsstruktur, um Bedarfen verschiedener Bewohner_innengruppen gerecht zu werden, z. B. Sozialkaufhaus, Bioläden, Buchläden, Postfiliale
- Aufbau eines Katasters von gewerblichem Leerstand
- (kulturelle) Zwischennutzungen des Leerstandes durch Bezirk ermöglichen
- Ressourcen der vorhandenen Unternehmensnetzwerke stärker für andere Themenfelder nutzen, z. B. Kooperation mit Schulen bzgl. beruflicher Bildung verstärken

- Stärkung des vorhandenen Wochenmarktes durch Ausweitung des Angebots und Steigerung der Aufenthaltsqualität sowie Aufbau eines Wochenmarktes mit regionalen Produkten
- Stadtentwicklungsplan (StEP) Wirtschaft 2030: Ein gutes Beispiel für ein nachhaltiges und klimaangepasstes Gebietsprofil ist das Gewerbegebiet Motzener Straße, gefördert vom Bundesministerium, es beinhaltet das Projekt „Null Emission Motzener Straße“ (NEMo 2016/17), Maßnahmen zur Klimaanpassung und Klimaschutz

Maßnahmen der Bezirksverwaltung

6.1.1.1 Ordnungsamt

- Bezirkliche Marktverwaltung kann private Betreiber_innen von Wochenmärkten unterstützen

6.1.1.2 Stadtentwicklungsamt

- Stadtentwicklungsplan (StEP) Wirtschaft 2030: Achse entlang der Bundesstraßen B 96 und B 101 in Marienfelde und Tempelhof bedeutend im Hinblick auf weitere wirtschaftliche Entwicklung durch den Flughafen BER: Sicherung und Entwicklung dieses Produktionsschwerpunktes als gesamtstädtisches Ziel.

6.1.1.3 Wirtschaftsförderung

- Vom Bezirk wurde ein Regionalmanagement für das Gewerbegebiet Motzener Straße eingesetzt, das dort ansässige Unternehmensnetzwerk bündelt seit 2005 die Kräfte der Unternehmen am Standort.
- Erstellung eines Wirtschaftskommunikationskonzeptes beauftragt

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

- Ehem. Klärwerksgelände Schichauweg, Umwelt Bundesamt-Standort Schichauweg, Naturschutzstation Diedersdorfer Weg: Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale
- Gewerbegebiet Motzener Straße und Gewerbegebiet Großbeerenstraße (Einzugsgebiet): räumliche Konzentration und Vernetzung lokal ansässiger Unternehmen

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Gesundheitsamt, Integrationsbeauftragte, Jugendamt, Ordnungsamt, Schul- und Sportamt, Sozialraumorientierte Planungscoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt, Wirtschaftsförderung

6.2 Empfehlung: Bildungs- und Kulturangebote ausweiten und nachbarschaftlicher Diversität anpassen

Situation Marienfelde

Die in Marienfelde verfügbaren Bildungs- und Kulturangebote decken derzeit nicht hinreichend den Bedarf der Bewohner_innen. Dies bezieht sich erstens auf die geringe Anzahl von Angeboten und deren räumliche Konzentration im nördlichen Teil der Bezirksregion. So verfügen beispielsweise die Musikschule und Volkshochschule (VHS) über keine eigenen Räumlichkeiten in Marienfelde, sodass sie auf Räume anderer Träger zurückgreifen müssen. Zweitens deckt das aktuelle Bildungsangebot unzureichend die Bedarfe von Bewohner_innen in den Übergangwohnheimen ab, da die Mehrsprachigkeit häufig fehlt. Zudem mangelt es, u.a. durch den Zuzug von Familien mit Kindern, an Kitaplätzen für Kinder mit und ohne Fluchterfahrung. Die Vernetzung zwischen Schulen und den Unternehmen und Unternehmensnetzwerken vor Ort ist bislang wenig vorhanden.^{iv}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Ausbau des kulturellen Angebotes
- Vorschlag Schul- und Sportamt: Den Empfehlungen der Facharbeitsgruppe Schulraumqualität^v im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive folgend, könnte die sozialräumliche Öffnung von Schulen und Schulgrundstücken ein Teil der Lösung sein, um den Mangel an Räumen im Bildungs- und Freizeitbereich in der BZR zu mildern. Dem Schul- und Sportamt müssen dazu jedoch außerschulische Bedarfe (VHS, Musikschule, Jugendfreizeit, Stadtteilzentren usw.) bekannt sein, um diese bei den Planungen von Schulneubau- und Schulerweiterungsmaßnahmen berücksichtigen zu können. Voraussetzung für eine Berücksichtigung sind tragfähige Konzepte für eine sozialräumliche Öffnung und eine eingehende Analyse der vorhandenen und benötigten Angebote im Umfeld. Die sozialräumliche Öffnung von Schulen erfordert z. B. externe Zugänge und getrennte Bereiche für die ausschließlich schulischen Nutzungen. Die Schul- und Sportämter müssen mit den sonstigen Nutzer_innen Kooperationsvereinbarungen schließen.
- Bildungsangebote mehrsprachig gestalten und weitere Deutschkurse schaffen
- Bildungsangebote als wichtigen Ankerpunkt interkultureller Begegnungen verstehen und etablieren
- Eigene Räume für Bildungsangebote schaffen
- Langfristige Kooperation zwischen Schule und Unternehmen ausbauen, z. B. auch im Bereich beruflicher Bildung, vielfältige lokale Potentiale nutzen
- Zielgruppenspezifische Angebote schaffen, insbesondere für Kinder und Jugendliche z. B. Graffitiwände, Jugendtheater, Proberäume

Maßnahmen aus der Bezirksverwaltung

6.2.1.1 Amt für Weiterbildung und Kultur/ Schulamt

Ausweitung des VHS-Kursangebotes im südlichen Teil Marienfeldes geplant. Für Ausweitung werden sowohl außerschulische Bedarfe als auch Konzepte zur sozialräumlichen Öffnung benötigt

6.2.1.2 Amt für Weiterbildung und Kultur

Austausch zwischen Amt für Weiterbildung und Kultur und Marienfelder Grundschule: Mit Neubau könnten eigene Räumlichkeiten für VHS und Musikschule realisiert werden, die bislang in Marienfelde fehlen

6.2.1.3 Schulamt

Gründung des Bildungsverbunds (BV) Marienfelde in 2019 mit Unterstützung des Programms „Lokale Bildungsverbunde nachhaltig sichern und stärken“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Ziel des BVs ist es, Bildungsangebote in der Region zu bündeln und auszuweiten. Eine stärkere Kooperation wie mit den Unternehmensnetzwerken vor Ort ist angedacht.

6.2.1.4 Stadtentwicklungsamt

Generell ist der Aufbau eines bezirklichen Flächenmanagements geplant, das die unterschiedlichen Bedarfe (Wohnen, Gewerbe, Soziale Infrastruktur etc.) zusammenführt und Lösungen für Flächen-/ Standortbedarfe aufzeigt

Das soziale Infrastrukturkonzept Tempelhof-Schöneberg soll 2021 fortgeschrieben werden. Darin werden die Bedarfe an sozialer und grüner Infrastruktur ermittelt sowie Entwicklungsziele und Maßnahmen formuliert. Darüber hinaus werden mögliche Potenzialflächen aufgezeigt

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

Planungsraum Marienfelde Süd: Akuter Mangel an Bildungsangeboten

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Amt für Soziales, Amt für Weiterbildung und Kultur, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Beauftragte für queere Lebensweise und gegen Rechtsextremismus, Ehrenamtsbüro, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Integrationsbeauftragte, Gesundheitsamt, Jugendamt, Schul- und Sportamt, Serviceeinheit Facility Management, Sozialraumorientierte Planungscoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Wirtschaftsförderung

6.3 Empfehlung: Direkten und transparenten Austausch zwischen Verwaltung und Bewohner_innen fördern

Situation Marienfelde

In Marienfelde sind aufgrund der Stadtrandlage Vor-Ort-Einrichtungen der Verwaltung unterrepräsentiert. Der Austausch zwischen Verwaltung und Bevölkerung ist deswegen in erhöhtem Maße auf alternative Formen der Kommunikation angewiesen. Derzeit gibt es zu der Bezirksregion keine kontinuierlichen, institutionalisierten Formate wie beispielsweise einen Runden Tisch. Erschwert wird die aktuelle Situation zudem durch eine fehlende bezirkliche Regionalkoordination. Darüber hinaus ist der Bedarf an Mehrsprachigkeit von Informationen durch die Verwaltung aufgrund der Übergangwohnheime in der Bezirksregion von erhöhter Relevanz.^{vi}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Allgemeinverständliche Sprache bei Kommunikation mit der Bevölkerung
- Austausch zwischen Verwaltung und Bürger_innen bzw. lokalen Akteur_innen direkter und unbürokratischer gestalten durch
 - Etablierung eines Runden Tisches mit Ämtern, lokalen Akteur_innen und Bewohner_innen,
 - Errichtung einer Zweigstelle des Bürgeramtes vor Ort
 - Bewilligungsverfahren für nachbarschaftliche Initiativen vereinfachen
 - Zusenden eines Infopakets zu Marienfelde für Zuziehende
- Mehrsprachige Angebote von Einrichtungen und Ämtern ausweiten
- Transparente Kommunikation der Verwaltung gegenüber Bevölkerung über verschiedene Kanäle wie Flyer, Schwarzes Brett, Internet

Maßnahmen aus der Bezirksverwaltung

6.3.1.1 OE SPK

- Aufbau einer Anlaufstelle für Bürger_innenbeteiligung
- Aufbau einer verwaltungsinternen Fördermittelrunde zum Informationsaustausch und um ressortübergreifende Projekte der Verwaltung fördermitteltechnisch effizienter zu begleiten
- Beginn des Prozesses zur Erarbeitung von Leitlinien der Bürger_innenbeteiligung auf Basis der Berliner Leitlinien (LLBB)
- Etablierung einer digitalen Vorhabenliste des Bezirkes, um Vorhaben sichtbar darzustellen und Möglichkeit zur Beteiligung aufzuführen

- Regionalkoordination der OE SPK als Ansprechperson für Bewohner_innen und Akteur_innen: direkte Kommunikationswege zu Projekten, konkreten Anliegen, Unterstützung beim Aufbau oder Etablierung von Netzwerken etc.

6.3.1.2 Stabsstelle Dialog und Beteiligung

- Für verbesserte Kommunikation mit den Bürger_innen wird u.a. ein Newsletter für Marienfelde^{vii} und die Kampagnen-Website www.zuhauseisthier.de entstehen, welche die Angebote des Bezirks in einfacher und übersichtlicher Form darstellt
- Veranstaltungsformate wie z. B. Bürger_innencafé organisieren
- Bezirkliche Prüfung, inwieweit Zuziehende neben den im Bezirksamt ausliegenden Informationsmaterialien künftig über Plakate und Aushänge informiert werden können
- Stärkere Nutzung der digitalen Beteiligungsplattform des Landes Berlin „meinBerlin.de“ geplant

6.3.1.3 Stabsstelle Integration Geflüchtete

- Integrationslots_innen stehen über den Träger NUSZ e.V. für Sprachmittlung bei Behördengängen und zu Beratungsstellen zur Verfügung, für farsi- und arabischsprachige Geflüchtete gibt es zudem Unterstützung über das Projekt „Starthilfe“

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

Keine, da Handlungsschwerpunkt die gesamte Bezirksregion betrifft

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

ALLE: Amt für Soziales, Amt für Weiterbildung und Kultur, Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Beauftragte für queere Lebensweise und gegen Rechtsextremismus, Ehrenamtsbüro, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Integrationsbeauftragte, Gesundheitsamt, Jugendamt, Ordnungsamt, Schul- und Sportamt, Serviceeinheit Facility Management, Sozialraumorientierte Planungscoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt, Wirtschaftsförderung

6.4 Empfehlung: Gesundheitliche Prävention und kurze Wege zur Gesundheitsversorgung fördern

Situation Marienfelde

Die ärztliche Versorgung in Marienfelde wird von den Beteiligten als unzureichend empfunden. Dies betrifft sowohl die Ausstattung mit Allgemeinmediziner_innen als auch Fachärzt_innen. Dies führt dazu, dass Bewohner_innen oftmals lange Wege für Arztbesuche zurücklegen müssen. Dieser Umstand ist von besonderer Relevanz, da die Bezirksregion

durch einen hohen Anteil von über 65-Jährigen gekennzeichnet ist und diese Altersgruppe tendenziell häufiger auf gesundheitliche Versorgungsstrukturen angewiesen ist. Neben Senior_innen ist auch die Gruppe der unter 18-Jährigen in Marienfelde überrepräsentiert. Die gesundheitliche Situation von Kindern und Jugendlichen ist in der Bezirksregion prekärer als andernorts, was sich beispielsweise an erhöhten sprachlichen und motorischen Defiziten bei Einschulungsuntersuchungen oder schlechter Zahngesundheit und erhöhtem Medienkonsum niederschlägt. Hieraus ergibt sich ein erhöhter Handlungsdruck, die gesundheitliche Situation vor Ort für verschiedene Altersgruppen zu verbessern.^{viii}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Auseinandersetzung mit interkultureller, mehrsprachiger Altenpflege und ggf. Aufbau entsprechender Pflegestrukturen
- Etablierung einer Übungsleitung für Kiezsport mit Vorbildcharakter für Übertragung auf weitere Standorte in der Region
- Förderung des Aufbaus eines Gesundheitszentrums, um Ansiedlung von Fachärzt_innen zu erleichtern
- Generationsübergreifende Angebote z. B. für Senior_innen und Jugendliche schaffen bzw. wiederaufnehmen
- Gesundheitliche Aufklärung von Erziehungsberechtigten und gesundheitliche Präventionsprojekte für Jugendliche als festen Bestandteil der Jugend- und Bildungsarbeit etablieren
- Sportanlagen, Jugendfreizeiteinrichtungen wie auch Angebote für Jugendliche barrierefrei gestalten

Maßnahmen der Bezirksverwaltung

6.4.1.1 Amt für Soziales Seniorenarbeit

- Es ist ein Runder Tisch / AG gegen Altersarmut für 2021 geplant, z. B. in der Umgebung Tirschenreuther Ring.

6.4.1.2 Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK)

- In 2020 wurden Kiezübungseiter_innen qualifiziert, um barrierearme Bewegungsangebote für die Anwohnschaft in Lichtenrade und Marienfelde umzusetzen.

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

- Planungsraum Marienfelde Süd: Besonderer Mangel der ärztlichen Versorgung und hohe Altersarmut
- Umgebung Tirschenreuther Ring: hohe Altersarmut

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Amt für Soziales, Amt für Weiterbildung und Kultur, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Ehrenamtsbüro, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Integrationsbeauftragte, Gesundheitsamt, Jugendamt, Schul- und Sportamt, Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Wirtschaftsförderung

6.5 Empfehlung: Mehr Raum für nachbarschaftliche Aktivitäten schaffen: Die Vielfalt der Bewohnerschaft dabei mit aufgreifen

Situation Marienfelde

Die Aktivitäten nachbarschaftlichen Engagements sind an wenigen Orten im Gebiet konzentriert. Der Wunsch nach stärkerer Vernetzung zwischen Bewohner_innen und Einrichtungen vor Ort sowie nach mehr nachbarschaftlichen Aktivitäten besteht. Aufgrund fehlender Räume drinnen und draußen sind die Möglichkeiten hier jedoch eingeschränkt. Zudem hat sich die Sozialstruktur in Marienfelde durch den Zuzug von beispielsweise jungen Familien und Menschen mit Fluchterfahrung in den vergangenen Jahren verändert. Im Zuge dessen wurden u.a. zwei Übergangwohnheime im Gebiet errichtet.^{ix}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Aktivierung von jungem Engagement: Möglichkeiten des Engagements durch Schulbesuche niedrigschwellig aufzeigen
- Interkulturelle Ausrichtung von Stadtteilzentren fördern
- Interkulturelle Begegnungen mittels niedrigschwelliger oder innovativer Formate ermöglichen (z. B. Flohmarkt, verschiedene ländertypisches Essen)
- Multifunktionale Nutzung von Räumen prüfen
- Sozialräumliche Öffnung von Schulen und Schulgrundstücken (siehe auch Empfehlung für Handlungsschwerpunkt „Bildungs- und Kulturangebote ausweiten und nachbarschaftlicher Diversität anpassen“)
- Schaffung von Räumlichkeiten (drinnen und draußen) für nachbarschaftliche Aktivitäten und Vernetzung (z. B. Gemeinschaftsgarten)
- Verantwortliche Person für Koordinierung des nachbarschaftlichen Engagements einsetzen
- Verschiedene Informationskanäle zu lokalen Aktivitäten bedienen bzw. aufbauen
- Verlängerung des Förderprogramms „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ (BENN)^x in Marienfelde nach 2021 wünschenswert

- Zielgruppenspezifische Angebote entsprechend veränderter Sozialstruktur schaffen (z. B. Jugend, Geflüchtete, Familien, Senior_innen)

Maßnahmen der Bezirksverwaltung

6.5.1.1 Ehrenamtsbüro

Unterstützung bei Beantragung von Straßenfesten, Verstetigung des Ehrenamtstisches in Bearbeitung, Vernetzung zwischen BENN-Vorort-Büro und Ehrenamtsbüro

6.5.1.2 Jugendamt

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Erstellung des bezirklichen Jugendförderplan (Bedarfsermittlung und Planung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit)

6.5.1.3 OE SPK

- Aufbau kontinuierlicher Austauschstrukturen (z. B. Regionalforen) zwischen lokalen Akteur_innen
- Aufbau einer Datenbank verfügbarer Räume
- Besetzung der Position als bezirkliche Regional Koordinator_in Marienfelde
- Förderprogramm „Stärkung Berliner Großsiedlungen“ in der Siedlung Tirschenreuther Ring
- Unterstützung nachbarschaftlichen Engagements durch die „Regionalkasse“
- Unterstützung zur Verstetigung des „Nachbarschaftsforums“

6.5.1.4 Stadtentwicklungsamt

- Das soziale Infrastrukturkonzept Tempelhof-Schöneberg soll 2021 fortgeschrieben werden. Darin werden die Bedarfe an sozialer und grüner Infrastruktur ermittelt sowie Entwicklungsziele und Maßnahmen formuliert. Darüber hinaus werden mögliche Potenzialflächen aufgezeigt
- Generell ist der Aufbau eines bezirklichen Flächenmanagements geplant, das die unterschiedlichen Bedarfe (Wohnen, Gewerbe, Soziale Infrastruktur etc.) zusammenführt und Lösungen für Flächen-/ Standortbedarfe aufzeigt

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

- BENN-Gebiet: Akutes Fehlen von Räumen der Begegnung
- Marienfelder Allee: wegen zentraler Lage als Standort für Räume geeignet
- Planungsraum Marienfelde Süd: Aktivierung von Jugendlichen und Familien schwach ausgeprägt; Engagement vorwiegend von Senior_innen

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Amt für Soziales, Amt für Weiterbildung und Kultur, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Beauftragte für queere Lebensweise und gegen Rechtsextremismus, Ehrenamtsbüro, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Integrationsbeauftragte, Jugendamt, Ordnungsamt, Serviceeinheit Facility Management, Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt

6.6 Empfehlung: Potential der Freiräume nutzen: Neue Freizeit- und Begegnungsangebote schaffen

Situation Marienfelde

Marienfelde verfügt über Grünflächen, die sich vorwiegend im südlichen Teil der Bezirksregion konzentrieren. Der „Freizeitpark Marienfelde“ stellt die größte zusammenhängende Grünfläche vor Ort dar. Aufgrund der Stadtrandlage von Marienfelde grenzt die Bezirksregion zudem an große Freiflächen des brandenburgischen Umlandes, die in der Beteiligung allerdings von lokalen Akteur_innen nicht benannt wurden. In Marienfelde mangelt es, insbesondere im öffentlichen Raum, an Freizeit- und Sportangeboten. Zudem sind die vorhandenen Grün- und Freiflächen vorwiegend durch eine geringe Aufenthaltsqualität gekennzeichnet.^{xi}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Aufenthaltsqualität von Grünflächen erhöhen durch
 - bessere Ausstattung, z. B. Ergänzung von Fitnessgeräten, Überdachungen und Sitzgelegenheiten in Parks
 - besondere Angebote wie Fahrradparcours oder Trimm-Dich-Pfade
 - multifunktionale und generationsübergreifende Nutzung von Flächen bei Planungen mitdenken
- Bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum, um Angsträume abzubauen und somit die (Bewegungs-) Autonomie der Bewohner_innen zu erhöhen
- Identifikation von Marienfelde stärken, z. B. durch Qualifizierung des Dorfkerns „Dorfaue“
- Spielplatzgestaltung auch für ältere Kinder/ Jugendliche
- Sportangebote im öffentlichen Raum unabhängig von Vereinssport schaffen

Maßnahmen der Bezirksverwaltung

6.6.1.1 Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit:

Seit 2021 ist die Aufstellung eines Landschaftsplans für den Freizeitpark Marienfelde und die umliegenden Grün- und Freiflächen in Bearbeitung, er dient der Erholung, dem Arten- und Biotopschutz; ab Frühjahr 2021 ist ein öffentlicher Bürger_innendialog zur Vorstellung des Vorhabens geplant.

6.6.1.2 Grünflächenamt

- Am Schlehenberg ist der Schwerpunkt der Erhalt und die Förderung von naturbelassenen Flächen für Mensch, Vegetation und Tierwelt. Als Ausgleichsmaßnahme soll hier ein Eidechsenhabitat eingerichtet werden.
- Am Volkspark Mariendorf sind weitere Erneuerungen (Spielplatz) und Pflegemaßnahmen in Planung.

6.6.1.3 Jugendamt

- Aufstockung mobiler, aufsuchender Jugendarbeit geplant

6.6.1.4 Stadtentwicklungsamt

- Das soziale Infrastrukturkonzept Tempelhof-Schöneberg soll 2021 fortgeschrieben werden. Darin werden die Bedarfe an sozialer und grüner Infrastruktur ermittelt sowie Entwicklungsziele und Maßnahmen formuliert. Darüber hinaus werden mögliche Potenzialflächen aufgezeigt.
- Generell ist der Aufbau eines bezirklichen Flächenmanagements geplant, das die unterschiedlichen Bedarfe (Wohnen, Gewerbe, Soziale Infrastruktur etc.) zusammenführt und Lösungen für Flächen-/ Standortbedarfe aufzeigt

6.6.1.5 Umwelt und Naturschutzamt

- Der Grünanlagenkomplex am Diedersdorfer Weg, bestehend aus dem Schlehenberg und dem Radarberg, wird derzeit zur Naherholung sowie zur Förderung des Arten- und Biotopschutzes qualifiziert
- Einrichtung der Feldmark als Landschaftsschutzgebiet, Sicherung der Naturschutzstation Marienfelde durch Kooperationsvertrag mit Naturwacht Berlin e.V. für u.a. Umweltbildung durch Informationspfade, Natur- und Landschaftspflege

Über das Landesprogramm „Berlin bewegt sich“, in Kooperation mit dem Bezirk, ist geplant, die ehemalige Hampelsche Baumschule mit Sportangeboten bzw. Bewegungsparcours im öffentlichen Raum auszustatten. Die Umsetzung ist für 2021 geplant.

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

- „Alt-Marienfelde“ – Dorfaue: Weitere Qualifizierung der Freiräume als „Identitätsanker“ der Bezirksregion
- Diedersdorfer Weg, ehem. Gärtnerei: naturnahe Entwicklung des Geländes laufend
- Feldmark: Etablierung eines Landschaftsschutzgebiets
- Freizeitpark Marienfelde: Qualifizierung durch Sportgeräte etc. gewünscht und geplant
- Kiepertplatz/ S-Bahn Marienfelde: Aufenthaltsqualität erhöhen durch Gestaltung der Freiflächen
- Schlehenberg und Radarweg: laufende Qualifizierung des Grünkomplexes

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Ehrenamtsbüro, Integrationsbeauftragte, Gesundheitsamt, Jugendamt, Ordnungsamt, Schul- und Sportamt, Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt

6.7 Empfehlung: Stärkere Anbindung des Stadtrandes zur Stadtmitte: Mobilitätsalternativen zum Autoverkehr ausbauen

Situation Marienfelde

Marienfelde ist aufgrund der Hauptverkehrsachse Bundesstraße 101 sowie Hildburghäuser Straße/Nahmitzer Damm stark vom Autoverkehr geprägt. Die Bewohner_innen nehmen hier häufig eine Verkehrsüberlastung wahr und empfinden die Zerschneidung durch Straßen als räumliche Barriere. Alternative Mobilitätsformen zum Auto sind derzeit weniger ausgebaut. So ist die Anbindung vieler Bereiche der Bezirksregion an das Netz des Öffentlichen Personennahverkehrs laut vieler Rückmeldungen unzureichend und die Fuß- und Radinfrastruktur befindet sich in einem mangelhaften Zustand oder fehlt ganz. Durch die Stadtrandlage Marienfeldes ergeben sich zudem weitere Wege in das Stadtzentrum, die von den Bewohner_innen zurückzulegen sind.^{xii}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Ausbau der Fahrradinfrastruktur: Fahrrad als Transportmittel attraktiver machen (z. B. Lastenfahrrad), Erweiterung des Fahrradnetzes (von Stadtrand bis Stadtzentrum)
- Ausbau des ÖPNV-Netzes und höhere Taktung der S-Bahn
- Ausweitung der CarSharing-Angebote

- Instandsetzung von Fuß- und Radwegen, insbesondere auf Hauptverkehrsachsen (inkl. Verantwortungsübernahme durch Straßen- und Grünflächenamt)
- Kooperative Konzepte zur Regelung des Lieferverkehrs für lokale Gewerbegebiete in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Unternehmensnetzwerken entwerfen, um Verkehrsbelastung in der Bezirksregion zu reduzieren
- Stärkung von Fußverkehr durch bessere Querungsmöglichkeiten der Hauptverkehrsstraßen
- Umsetzung der Barrierefreiheit für Fußgänger_innen
- Stärkere Verkehrsüberwachung für Fehlverhalten

Maßnahmen der Bezirksverwaltung

6.7.1.1 Stabstelle Integration Geflüchtete

- Kostenloses Ausleihen von Lastenfahrrädern „flotte-kommunal“ bis Ende 2021 zur Attraktivitätssteigerung des Fahrrads (z. B. über BENN)

6.7.1.2 Sonstige

- Austausch zwischen bezirklichem Straßen- und Grünflächenamt und Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) bezüglich der Ampelschaltungen auf Hauptverkehrsachsen geplant
- Austausch zwischen Straßen- und Grünflächenamt und Denkmalschutzamt bezüglich der Verkehrsberuhigung in Dorfaue geplant

Besondere Ortsbezüge für Handlungsschwerpunkt

- B101/ Mariendorfer Allee/ Friedensfelder Straße/ Großbeerenstraße: Verkehrsüberlastung führt auch zu Verzögerungen im ÖPNV; Fahrradinfrastruktur verbessern
- Gewerbegebiet Motzener Straße und Zulieferstraßen (z. B. Säntisstraße): Straßen für Zulieferung ausgelastet
- Hildburghäuser Straße/ Nahmitzer Damm/ Buckower Chaussee/ Alt-Marienfelde: hohe Verkehrsbelastung, zusätzliche Verkehrsbelastung durch Umbau der Buckower Chaussee erwartet, Abkürzen/Durchgangsverkehr reduzieren, verkehrliches Fehlverhalten erhöht
- S-Bahnhof Marienfelde: Barrierefreiheit fehlend, Querungsmöglichkeit schaffen, höhere S-Bahn-Taktung

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Amt für Soziales, Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Integrationsbeauftragte, Gesundheitsamt, Ordnungsamt, Schul- und

Sportamt, Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt, Wirtschaftsförderung

6.8 Empfehlung: Wohnen in Stadtrandlage attraktiver machen

Situation Marienfelde

Der Wanderungssaldo, d.h. das Verhältnis von Zu- und Wegzügen der Einwohner_innen, ist in Marienfelde deutlich niedriger als anderenorts. Demnach ziehen derzeit durchschnittlich weniger Menschen nach Marienfelde als in andere Bezirksregionen von Tempelhof-Schöneberg. Deswegen stehen in Marienfelde, besonders im südlichen Teil, mehr bezahlbare Mietwohnungen zur Verfügung. Laut Aussagen aus dem Beteiligungsprozess erfolgen Zuzüge nach Marienfelde größtenteils unfreiwillig aufgrund eines Mangels an bezahlbaren Wohnungen im innerstädtischen Bereich. Die Wohnungen in Marienfelde werden durch bestimmte Personengruppen wie Studierende nicht bzw. kaum nachgefragt. Zudem entsprechen die Wohnungen teilweise nicht den Bedarfen der Einwohner_innen: Hier mangelt es an barrierefreien Wohnungen oder auch größeren Wohnungen ab vier Zimmern. Aktuell wird der Abriss einer Wohnanlage im Luckeweg 31-37 von deren Bewohner_innen hinsichtlich des Umgangs mit dem Eigentümer kritisiert. Am Lichterfelder Ring wird von der degewo Wohnungsneubau geplant.^{xiii}

Vorschläge aus dem Beteiligungsprozess sowie aus fachlicher Sicht

- Die Stadtrandlage als Wohnumgebung sollte attraktiver gestaltet werden und als Potential vermittelt werden
- Nachbarschaftlicher Zusammenhalt und der Aufbau von Kiezstrukturen sollte stärker unterstützt werden, um die Attraktivität des Ortes zu steigern, Lebensqualität zu verbessern und die Identifikation mit dem Ort zu stärken
- Schaffung von barrierefreien Wohnungen
- Schaffung von Wohnungen mit mindestens vier Zimmern

Maßnahmen der Bezirksverwaltung

6.8.1.1 Stadtentwicklungsamt

Teilnahme am integrierten Werkstattverfahren zum Wohnungsneubau der degewo am Lichterfelder Ring; Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete und sozialer Infrastruktur vorgesehen

Besondere Ortsbezüge für den Handlungsschwerpunkt

Keine, da Handlungsschwerpunkt die gesamte Bezirksregion betrifft

Empfehlung für die fachübergreifende Arbeit im Handlungsschwerpunkt

Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Ehrenamtsbüro, Integrationsbeauftragte, Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK), Stabsstelle Integration Geflüchtete, Stadtentwicklungsamt, landeseigene Wohnungsunternehmen

6.9 Empfehlungen aus dem Beteiligungsverfahren - kartographische Darstellung der Bezirksregion

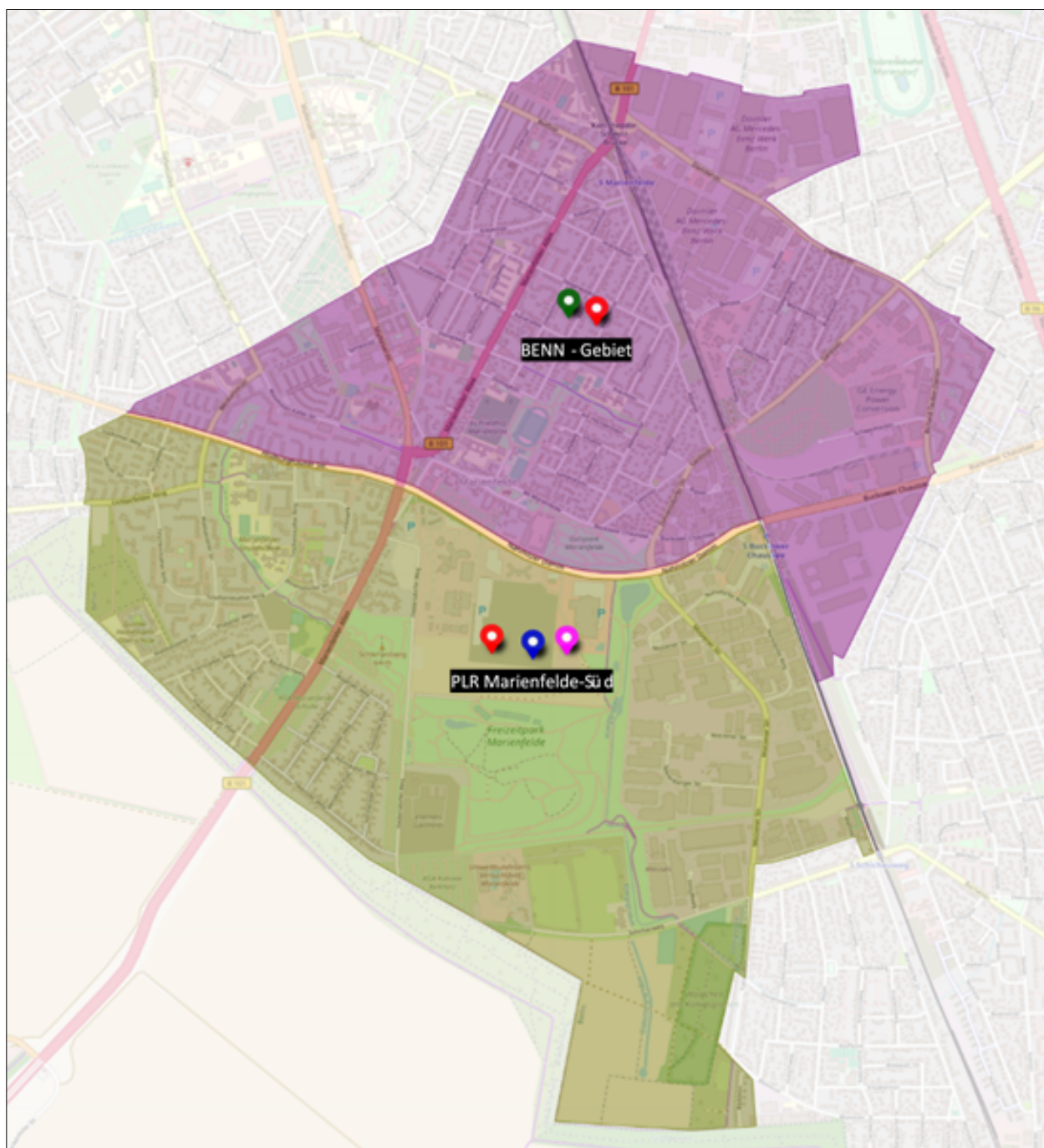


Abbildung 1: Darstellung Bezirksregion auf Basis der OSM

Farbe	Bedeutung
rot	Mehr Raum für nachbarschaftliche Aktivitäten schaffen und Vielfalt der Bewohner_innen durch divers ausgerichtete Aktivitäten repräsentieren
blau	Bildungs- und Kulturangebote ausweiten und nachbarschaftlicher Diversität anpassen
grün	Potential der Freiräume nutzen: Neue Freizeit- und Begegnungsangebote schaffen
lila	Gesundheitliche Prävention und kurze Wege zur Gesundheitsversorgung fördern

Anmerkung

In Marienfelde gibt es nicht „den“ zentralen Platz oder „die“ zentrale Straße. Das spiegelt sich auch in der Auswertung der Hinweise aus dem Beteiligungsprozess wider. So sind im Beteiligungsprozess wenige konkrete räumliche Zuordnungen genannt wurden. Falls eine Nennung von Orten erfolgt ist, handelt es sich zumeist um großräumige Verortungen wie „Marienfelde Süd“ oder die „Bundesstraße 101“. Auch gibt es wenig deutliche räumliche Überschneidungen und damit Verdichtungen verschiedener Handlungsschwerpunkte, die hier gelistet werden können.

7 Ausblick

In das vorliegende Bezirksregionenprofil (BZRP) II sind Informationen aus Beteiligungsprozessen mit Bewohner_innen, Multiplikator_innen, Bezirksverwaltung und politischen Vertreter_innen des Bezirks eingeflossen sowie Analysen aus Datenbeständen und Studien. Das Bezirksregionenprofil II hat empfehlenden Charakter und dient Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft als Orientierung und Übersicht über ressortübergreifende Handlungsschwerpunkte in den Regionen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg.

Das BZRP II für Marienfelde wurde am 11.02.2021 in der Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung (AG SRO) vorgestellt, beraten und zur Weitergabe an das Bezirksamt zur Kenntnisnahme beschlossen. Die AG SRO ist eine bezirksinterne Arbeitsgruppe, in der die planenden Ämter des Bezirkes vertreten und stimmberechtigt sind. Die Beauftragten des Bezirks nehmen in beratender Funktion teil.

Das politische Bezirksamt, bestehend aus der Bezirksbürgermeisterin und den Bezirksstadträt_innen, leitet das BZRP II nach Beschluss an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) weiter. Danach ist das Ergebnispapier öffentlich zugänglich. Es steht auf der Internetseite der Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungscoordination (OE SPK) zum Download zur Verfügung. Mitwirkende erhalten Druckexemplare.

Die OE SPK in Tempelhof-Schöneberg nutzt dieses Ergebnispapier als Kompass und richtet seine Arbeit in den Bezirksregionen danach aus. Damit ist das BZRP die Grundlage für weitere Anschlussprozesse in Kooperation mit themenbezogenen Partner_innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es ist geplant, die Bezirksregionenprofile in einem Turnus von 5 Jahren fortzuschreiben, d.h. voraussichtlich in 2025 die Schwerpunkte und Maßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren.

Stand April 2021

8 Anhang

8.1 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
Abb.	Abbildung
BENN	Berlin entwickelt neue Nachbarschaften, Verfahren des Landes Berlin
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
BZR	Bezirksregion
DK	Datenkoordination
FEIN	Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften (Förderprogramm)
ISS	Integrierte Sekundarschule
LOR	Lebensweltlich orientierte Räume
Ltg.	Leitung
OE SPK	Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OTZ	Ortsteilzentrum
PLR	Planungsraum
RK	Regionalkoordination
S.	Seite

8.2 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1, S. 1 Bezirksregionenprofil I Friedenau, Dezember 2017

Abb. 2, S. 25 uMap - OpenStreetMap 2021 <https://umap.openstreetmap.fr/de>

8.3 Quellen

[Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht, Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2020, 2020](#)

[Bezirksregionenprofil I Marienfelde, Dezember 2017](#)

[Einzelhandels- und Zentrenkonzept Tempelhof-Schöneberg, April 2015](#)

[Ergebnisse des ersten Bürger_innenrats Marienfelde, November 2019](#)

Handlungsleitfaden, Empfehlungen zur Erstellung der BZRP Teil II im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Juli 2020

[BENN Handlungskonzept Marienfelde, Berlin entwickelt neue Nachbarschaften, April 2020](#)

[Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2030, März 2020](#)

B-Planverfahren 7-92

8.4 Weiterführende Dokumente und Links

[Charta für das Berliner Stadtgrün, 2019](#)

[Handlungsprogramm Berliner Stadtgrün 2030, 2019](#)

[Kampagnen-Webseite „Zuhause ist hier“ des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg](#)

[Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik, September 2019](#)

[Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung, August 2019](#)

[Masterplan Integration und Sicherheit, März 2016](#)

[Monitoring Soziale Stadtentwicklung, 2019](#)

[StEPWohnen, Langfassung, Mai 2020](#)

[Tempelhof Schöneberg inklusiv, Bezirkliches Inklusionskonzept, Dezember 2019](#)

[Wohnungsmarktbericht Tempelhof-Schöneberg, Juni 2018](#)

8.5 Erläuterungen zu den Endnoten

ⁱ Zur Systematik der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) in Berlin:

https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/lor/

ⁱⁱ Hinweis: Seit 2021 gelten neue Zuschnitte der LOR. Da das BZRP II jedoch in 2020 erstellt wurde, wurden entsprechend noch mit den ursprünglichen Zuschnitten gearbeitet

ⁱⁱⁱ Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019), Resonanzpapier aus Verwaltung und Politik zu Bürger_innenrat (2021), Stadtentwicklungsplan (StEP) Wirtschaft 2030 (2020)

^{iv} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019)

^v https://www.berlin.de/schulbau/konzept/schulraumqualiaef_band_1_web.pdf

-
- ^{vi} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019), Resonanzpapier aus Verwaltung und Politik zu Bürger_innenrat (2021)
- ^{vii} Die Anmeldung zum Newsletter kann bereits über aktuelles-marienfelde@ba-ts-berlin.de erfolgen.
- ^{viii} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019)
- ^{ix} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019), Resonanzpapier aus Verwaltung und Politik zu Bürger_innenrat (2021)
- ^x Das BENN-Gebiet Marienfelde umfasst die Nachbarschaften in der Nähe folgender Standorte von Unterkünften für Geflüchtete: Marienfelder Allee 66-80 und Trachenbergring 71-83. Somit sind die drei bezirklichen Planungsräume (PLR) Marienfelder Allee Nordwest, Kirchstraße und Marienfelde Nordost enthalten. Insgesamt leben in dem BENN-Gebiet rund 18.000 Menschen.
- ^{xi} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BVV-Beschluss Drucksache Nr. 1325/XX, BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019), Resonanzpapier aus Verwaltung und Politik zu Bürger_innenrat (2021)
- ^{xii} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019), Resonanzpapier aus Verwaltung und Politik zu Bürger_innenrat (2021)
- ^{xiii} Quellen: Aussagen Beteiligungsprozess BZRP II (2020), BZRP I (2017), Ergebnisse des ersten Bürger_innenrates Marienfelde (2019), B-Planverfahren 7-92